

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 1

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

George Bush – Reagans Erbe

Das amerikanische Volk hat am 8. November mit 54 gegen 46 Prozent der Stimmen und mit 426 gegen 112 der Elektoren George Bush dazu ausgewählt, am 20. Januar 1989 das Erbe Ronald Reagans anzutreten. Bushs Erfolg könnte als «Erdrutsch» bezeichnet werden, wenn die Republikanische Partei nicht im Senat und im Repräsentantenhaus Sitze verloren hätte, während üblicherweise die Präsidentenpartei Fortschritte erzielt. Bush wird sich einer demokratischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gegenübersehen und muss mit dieser einen Modus der «Cohabitation» suchen. Der Gewählte hat in vierzig Staaten die Mehrheit der Stimmen gewonnen, darunter in sämtlichen Südstaaten. Der «solid South» der Demokraten ist in den Präsidentenwahlen der letzten zwanzig Jahre zum «solid South» der Republikaner geworden.

Die selben Wähler, die Bush die Stimme gaben, bevorzugen gleichzeitig demokratische Mitglieder der Gemeinde- und Staatsbehörden und entsenden mehrheitlich Demokraten in den Kongress. Der demokratische Unterbau hat sich durch die fünf republikanischen Präsidentensiege in den letzten sechs Wahlen nicht stark verändert.

Sogar in Texas hat sich Bush durchgesetzt, obwohl die Demokraten gehofft hatten, mit der Ernennung von Senator Lloyd Bentsen zum Vizepräsidentschaftskandidaten an der Seite von Michael Dukakis diesen wichtigen Staat sichern zu können. Bentsen hatte

1970 Bush im Rennen um den Senats-sitz geschlagen; die Wahlstrategen in Boston hofften, er könne das wiederholen. Sie sprachen von einer «Achse Massachusetts-Texas» — wie 1960; Bentsen ist jedoch kein Lyndon Johnson — wie Dukakis kein John F. Kennedy ist und Bush kein Ronald Reagan.

George Bush gewann auch in den Industriestaaten des «Rostgürtels», wo die alten Fabriken der «Schlotindustrien» um ihre Existenz kämpfen. Der Ruf nach einer «industrial policy», worunter die einen Planung, andere Protektionismus und wieder andere ein Subventionssystem verstehen, hat sich weder konkretisiert noch durchgesetzt. Die von Reagan angekündigte Schaffung von Industriezonen in den grossen Agglomerationen ist ebenfalls toter Buchstabe geblieben. Dukakis obsiegte nicht einmal in der Mehrheit der Staaten Neuenglands. Er eroberte hingegen New York und drei mittelwestliche Staaten, in denen sich der Ärger über ungelöste Farmprobleme mit populistischen Traditionen verbindet, ferner die zwei nordwestlichen Staaten und Hawaii, das bisher so fest in demokratischen Händen lag, wie der District of Columbia.

Die Wahl zwischen den Kandidaten fiel vor allem den Massenmedien schwer. Die «New York Times» rang sich in ungewöhnlich langer Fleissarbeit zu einer Unterstützung von Dukakis durch. Die «Washington Post», die in der Bundeshauptstadt nicht selten das Wetter macht (das bekanntlich keinen guten Ruf geniesst), entschied sich zu

keiner Parteinahme und klagte: «*Our preferred candidate usually loses . . .*»

Reagan hat die Vereinigten Staaten zeitweise auf konservativen Kurs gebracht. Noch unter Nixon und Ford begegnete man in Washington nur vereinzelten Konservativen. Heute bezeichnen sich viele Leute selbstbewusst als Konservative. «Liberal» dagegen ist zum Schimpfwort geworden. Am Parteikonvent der Demokraten wurde das Wort konsequent vermieden. Die jüngste Wählergruppe gibt, nach Meinungsumfragen, seit 1980 mehrheitlich dem republikanischen Kandidaten die Stimme.

Konservative gegen «Liberale»

Die Auseinandersetzungen nach den Wahlen wurde durch Themen bestimmt, die alle vier Jahre wiederkehren. Eine Anzahl unbestellter Experten «beweist», dass der Sieger eigentlich doch nicht gewonnen hat und dass er auf jeden Fall vor unüberwindlichen Hindernissen steht. Die gleichen oder andere Experten in grosser Zahl suchen nach den Gründen für die neue Niederlage der Demokraten, die seit 1968 nur einmal, und zwar sehr knapp — unter Jimmy Carter, den Arthur Schlesinger Jr. als den konservativsten Präsidenten der Demokraten seit Grover Cleveland bezeichnet — den Wettlauf zum Weissen Haus gewannen. Die Zeitungen brachten unzählige Gründe vor — die meisten davon rein taktischer Natur. Dukakis wird vorgeworfen, er habe keine anziehende Persönlichkeit, einen schwierigen und verschlossenen Charakter; er habe zu spät auf Angriffe Bushs geantwortet und sich mit Beratern umgeben, die nicht über die Kirchtürme von Boston und Cambridge hin-

aussehen. Das mag stimmen, ist aber weitgehend irrelevant.

Tatsache ist, dass die Demokraten mit einem Kandidaten nicht gewinnen können, der dem Wähler als «liberal» erscheint, also links von der Mitte steht. Das gegenwärtige System der Vorwahlen begünstigt den Konservativen bei den Republikanern und den «Liberal» bei den Demokraten. Die Mehrheit aber findet sich in der Mitte. Dukakis setzte sich in den Vorwahlen mit «liberalen» Parolen gegen seine demokratischen Rivalen durch. Bush vermochte in der Hauptwahl den Versuch Dukakis, sich in der Mitte festzusetzen, durch eine geschickte und schonungslose Kampagne zu unterbinden. Alle vier Jahre, folglich auch jetzt, wird eine Änderung des Wahlsystems diskutiert, die durch die Parteien — nicht den Staat — vollzogen werden müsste.

In den Kommentaren wird weiterhin erwogen, ob Bush ein «Mandat» erhalten habe. Im amerikanischen Präsidentensystem gibt es jedoch kein Mandat. Der Begriff stammt aus dem parlamentarischen System, wo das Parlament wegen einer Sachfrage aufgelöst werden kann und die Wahl einen Entscheid über dieses Problem bringt. In Amerika gilt dagegen John F. Kennedys Spruch: «*Eine Stimme Mehrheit ist ein Mandat.*» Diejenigen, die am lautesten das Fehlen eines Mandats für Bush hervorheben, würden sich empören, wenn man Kennedys Mandat anzweifeln wollte, der mit einem Minimum an Stimmen in einer nicht über alle Zweifel erhabenen Wahl obenausschwang. Bush wird während vier Jahren den weiten Kompetenzbereich des Präsidenten ausnützen können, sofern seine Gesundheit standhält, er keinen Landesverrat begeht, sich nicht der Bestechung oder anderer «high crimes and misdemeanors» — die

vier Impeachment-Gründe — schuldig macht.

Jesse Jacksons «Regenbogen»

Die Demokraten leiden unter einer Identitätskrise. Sie werden sich in den nächsten vier Jahren sammeln müssen, wenn sie die Präsidentenwahl gewinnen wollen. Bezeichnend für die Situation war, dass die erste Garnitur der demokratischen Politiker, die Senatoren Sam Nunn und Bill Bradley, die Gouverneure Cuomo und Robb (jetzt Senator) sich nicht um die Nomination zum Präsidentschaftskandidaten bewarben, weil sie erkannten, wie schwierig es für sie sein würde, in den Vorwahlen zu gewinnen. Diese zeigten eine Spaltung der Demokraten zwischen einer Mehrheit, die Dukakis folgte und einer «Regenbogenkoalition», wie sie Jesse Jackson verstand. Jackson konzipierte den Regenbogen als eine Sammlung aller Rassen. Doch der Zulauf von Nicht-Schwarzen blieb bescheiden. Politisch ist jedoch die Spannweite gross; sie reicht von Louis Farrakhan auf der Rechten bis zu Angela Davis, zweimal Vizepräsidentschaftskandidatin der Kommunistischen Partei, und Jack O'Dell, vor dem schon John und Robert Kennedy Martin Luther King Jr. gewarnt hatten. Andrew Young vergleicht die Gefolgschaft von Jesse Jackson mit jener von Henry Wallace 1948, dessen Fortschrittspartei kommunistische Organisatoren durchsetzt hatten.

Wer glaubte, Jacksons Hintermänner (bzw. Frauen) sowie sein Programm würden unter die Lupe genommen, hat sich getäuscht. Jackson geniesst weiterhin eine Schonfrist. Er kann nicht zum Präsidenten gewählt werden, und zwar ebenso wegen seinem Linkskurs wie wegen seiner Hautfarbe. Die Demokra-

ten kommen nicht ohne ihn aus; sie bedürfen der Stimmen der Schwarzen, die wiederum zu 86 Prozent für Dukakis gestimmt haben. Sie machen jedoch nicht ganz zwölf Prozent der Bevölkerung aus. Bush hat dagegen 59 Prozent der Stimmen der Weissen erhalten, sogar 67 Prozent im Süden des Landes.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Demokratische Partei nur ein einziges Mal die Mehrheit der Weissen für sich gewonnen, nämlich 1964, als Lyndon B. Johnson kandidierte. Sie braucht die Stimmen der Schwarzen. Gleichzeitig aber werden weisse Wähler durch Politiker wie Jesse Jackson abgestossen. Die Demokraten stehen im Fall Jackson vor dem alten Dilemma: Nec tecum nec sine te vivere possum. Bush dagegen kann notfalls ohne den extremen rechten Flügel seiner Partei regieren, der schon vor den Wahlen und erst recht nachher raunzte und Bushs Berater kritisierte. James Baker, so konnte man hören, werde mit der Aussenpolitik tun, was er mit dem Dollar gemacht habe . . .

Der Wahlkampf, versichern die Massenmedien, habe sich um die Gewinnung der Reagan-Demokraten gedreht, d. h. von demokratischen Wählern, die 1980 zu dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten abgefallen seien. In Wirklichkeit hat sich der konservative Flügel der Demokraten, der vor allem in den Südstaaten und unter den gelernten Arbeitern stark vertreten ist, seit 1968 von ihrer Partei losgesagt. Damals stimmten diese Demokraten für George Wallace, in allen späteren Wahlen, mit Ausnahme von 1976, für die republikanischen Kandidaten. Ihnen erscheint die demokratische Elite als zu wenig patriotisch und zu nachsichtig gegenüber Verbrechern. Die Reagan-Demokraten sind in den

Präsidentenwahlen keine Demokraten mehr. Die Demokratische Partei verteidigt das Recht auf Schwangerschaftsabbruch nach der Fristenlösung, ferner Kaufbeschränkungen für Schusswaffen und ähnliche Forderungen, die für den konservativen Flügel unannehmbar sind, den einst Franklin D. Roosevelt zu der Partei gebracht hatte. Sam Nunn moniert deshalb, die Demokratische Partei müsse sich der Mitte zuwenden, denn *«das ist, wo die Stimmen sind»*. Wann immer die Demokratische Partei nach links gehe, zögen mindestens gleich viel Wähler nach rechts.

Hauptthemen im Wahlkampf

Manche Kommentatoren klagen, die Wahlkampagne sei substanzlos gewesen. In der Tat wurden wichtige Probleme nur oberflächlich oder gar nicht berührt. Auf weite Strecken schien es, als wollten sich Bush für den Posten des Sheriffs und Dukakis für den des Sozialfürsorgers von Krähwinkel bewerben. Erzdemokratische Journalisten kritisierten am Fernsehen, sie wüssten nicht, was für eine Agenda Dukakis habe. Ein Regierungsprogramm wurde von keiner Seite vorgelegt. Nicht, dass alle wichtigen Angelegenheiten übergangen worden wären! In den Debatten zwischen den Kandidaten wurde über die Strategische Verteidigungsinitiative und den «Freeze» gesprochen, über die militärischen Aktionen gegen Grenada und Libyen, über die strategischen Raketen MX und Midgetman, über den Umfang der Kriegsmarine (13 oder 15 Flugzeugträger mit Begleitschiffen), über den Schwangerschaftsabbruch und die Todesstrafe, über das Schulgebet und über Robert Bork, den Reagan nicht als Mitglied des Obersten Gerichts durch-

setzen konnte. Ausserhalb der Debatten wurden Stellungnahmen zu der Apartheid in Südafrika, zu Angola, Nicaragua, Palästina und Israel vorgebrachten.

Dukakis lehnte die Hilfe an Savimbi in Angola und an die Antisandinisten in Nicaragua rundweg ab. Er räumte dem Kampf gegen die Apartheid den Vorrang ein. Er war für die Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, wie schon Mondale. Bush gelang es, seinen Gegner als weich in der Bekämpfung der Kriminalität und in der Verteidigung des Landes, also in der individuellen und kollektiven Sicherheit, darzustellen.

Dukakis warf Bush eine rassistische Taktik vor. Das ist insofern unbegründet, als Bush keine Rassenvorurteile hegt. Aber wer von den Verbrechen auf offener Strasse spricht, berührt Rassenfragen. Sobald von Kriminalität gesprochen wird, sieht die Mehrheit der Amerikaner schwarz. Und das gilt nicht nur für die Weissen, sondern auch für die Schwarzen; denn die meisten Delikte begehen Schwarze gegen Schwarze.

Eigentümlicherweise sind die Iran-Contra-Affäre, der Misserfolg der Regierung in den Massnahmen gegen Noriega, der «*Sleaze factor*», d. h. Verstöße von hohen Beamten gegen Recht und Sitte, das Haushaltdefizit und die Staatsschuld nicht zu Hauptthemen der Auseinandersetzung geworden. Auch der Neubesetzung wichtiger Richterposten wurde keine zentrale Stellung eingeräumt. Drei Mitglieder des Obersten Bundesgerichtshofs sind über achtzig Jahre alt. Obwohl zwei von ihnen — beide «Liberals» — nicht an einen Rücktritt denken, besteht die statistische Möglichkeit, dass Bush einen oder mehrere Richter in den Supreme Court ernennen wird. Das würde ihm Gele-

genheit geben, den konservativen Flügel zu verstärken. Schon jetzt scheint die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs nach der Fristenlösung bedroht, die 1973 vom Obersten Bundesgericht (Roe v. Wade) eingeführt worden ist.

Optimismus gegen Pessimismus

Dukakis versuchte den Wählern klar zu machen, dass es um Kompetenz, nicht um Ideologie gehe. Darin hat er sich getäuscht. Die Mehrheit sucht nicht nach einem besseren Verwalter, sondern nach einem erträglichen Staatsmann. Bush kam dem entgegen, indem er sich für die Fortführung von Reagans Politik mit dem Schlagwort «Peace and Prosperity» einsetzte und ausserdem «ein gütigeres und freundlicheres Amerika» versprach. Sechs Jahre wirtschaftlicher Aufstieg und acht Jahre Frieden sind keine schlechte Ausgangsbasis. Bush betonte immer wieder, er wolle Steuererhöhungen verhindern, und er wollte als «Erziehungspräsident» in die Geschichte eingehen. Das alles macht noch kein Regierungsprogramm aus. Wichtig aber ist, dass Bush Optimismus ausstrahlte, Dukakis dagegen Pessimismus. Bush proklamierte: «Uns geht es besser.» Dukakis dagegen sieht das Land voll von Obdachlosen, Arbeitslosen, Armen, Hungernden, Not auf allen Seiten. Für die «Liberals» ist es «immer Winter, niemals Weihnachten». Dieses triste Bild nimmt ihm die Mehrheit des grundsätzlich optimistisch eingestellten Volks nicht ab. Die «*Washington Post*» veröffentlichte am 2. Oktober einen Artikel mit der mehrspaltigen Schlagzeile an der Spitze einer Beilage: «*Harte Zeiten, harte Herzen. Während die Städte Amerikas mehr und mehr wie Kalkutta aussehen, schrumpft unser*

bürgerliches Mitgefühl.» Die Vorstellung von Amerika als einem zweiten Kalkutta oder Bangladesch ist auf dem linken Flügel der Demokraten verbreitet. Aber sie dringt bei der Mehrheit nicht durch, die sich des wirtschaftlichen Aufschwungs in den vergangenen sechs Jahren bewusst ist.

Bush strahlt zwar nicht den gleichen unverbrüchlichen Optimismus aus wie Reagan. Aber er bemüht sich, eine sonnige Seite hervorzukehren. Sein Wahlsieg ist ein grosser persönlicher Erfolg. Zur Zeit des Parteikonvents der Demokraten lag er in den Meinungsumfragen mit 17 Punkten im Rückstand. Die Demokraten lachten über ihn, bezeichneten ihn als «Schlappschwanz», und selbst ein konservativer Kolumnist (George Will) beschrieb ihn als «Schossenhund». In der Vorwahl in Iowa unterlag er gegen Dole und Robertson. Die Presse schrieb ihn bereits ab. Bush fing sich aber auf und stach zuerst seine republikanischen Rivalen und dann Dukakis in der Endwahl aus. Die Bürger hatten die Wahl zwischen anderthalb Dutzend Demokraten und Republikanern sowie einer Anzahl Kandidaten von kleineren Parteien. Sie haben Bush auf den Schild gehoben.

Reagans aussergewöhnlicher Einsatz für Bush, der sich unterscheidet von Eisenhowers später und lauwarmer Unterstützung für Nixon 1960, hat viel zum Erfolg des Vizepräsidenten beigetragen, der nun ausersehen ist, das Erbe des «Great Communicator» weiterzuführen. Reagans Popularität hat mit 60 Punkten in den Meinungsumfragen einen Höchststand für abtretende Präsidenten erreicht (Truman erhielt nur die Zustimmung von 21 Prozent der Befragten am Ende seiner Amtszeit). Die innenpolitische Initiative hat er zwar seit der Iran-Contra-Affäre und

der Niederlage der Republikaner in den Kongresswahlen von 1986 nicht wieder errungen. Aber er hat mit Gorbatschew Vereinbarungen erzielt, vor allem den Vertrag über die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen (INF), welche trotz einiger Kritik von Experten im Volk Anklang finden. Es sieht so aus, als werde Reagan um so populärer, je weniger er regiert. Schon Thomas Jefferson warnte: «*Beware of energetic governments, they are always oppressive*». Reagan hinterlässt Bush einen Berg von ungelösten Problemen, aber auch von noch ungenützten Möglichkeiten.

Sechs Funktionen des Präsidenten

Harry Truman hatte einmal gesagt, der Präsident der Vereinigten Staaten müsse sechs Hüte tragen, nämlich den eines Oberkommandierenden der Streitkräfte, den des Parteiführers, den des Initiators der Gesetze, den des Leiters der Aussenpolitik, den des Regierungschefs und den des Staatsoberhauptes.

Nicht auf allen Gebieten hat Reagan die gleiche Wirkung entfaltet. Er erfüllte in unvergleichlicher Weise die zeremoniellen Aufgaben des Staatsoberhauptes. Niemand kann so wie er tiefe Gefühle für Verstorbene und Trost für ihre Angehörigen ausdrücken. Er repräsentiert vorzüglich beim Empfang von Staatsgästen, und er weiss von Kindern bis zu Greisen so gut wie alle Besucher zu charmieren.

Als Regierungschef hatte er schon mehr Schwierigkeiten. Er überliess die Einzelheiten seinen Mitarbeitern, wobei er die Delegierung der Kompetenzen bis zum äussersten Punkte trieb. Sein Vorgänger, Jimmy Carter, hatte die gegenteilige Methode gepflegt —

anfänglich hatte er selbst die Einzelposten des riesigen Budgets nachgerechnet — und war daran gescheitert. Mit einigen Mitarbeitern hatte Reagan eine glückliche Hand, mit andern nicht. Doktrinäre Konservative musste er angesichts der Opposition des Kongresses fallen lassen. Er hat sechs Sicherheitsberater im Weissen Haus «verbraucht». Shultz überliess er nach dem Iran-Contra-Fiasko die Russenpolitik, und nur die Misserfolge desselben in Lateinamerika und im Mittleren Osten und seine Unartikuliertheit verhinderten, dass er eine überragende Stellung in der Regierung einnehmen konnte. Vorstösse von Shultz, dem es an Kenntnissen nicht mangelt, in die Aussenhandels- und Finanzpolitik stiessen auf unüberwindliche bürokratische Hindernisse. Daran wäre zu denken, wenn von einem «Shogunat» James Bakers unter einem Schattenkaiser Bush gemunkelt wird.

Die grösste Leistung Reagans in der Innenpolitik ist zweifellos die Steuerreform und die Senkung der Steuersätze. Er vermochte ausserdem die Inflation zu fesseln und die Zinssätze zu reduzieren. Er bremste das Anwachsen der Staatsaufgaben. Er stellte den Finanzausgleich zwischen Bund und Staaten oder Gemeinden ein. Die Kehrseite der Medaille sind die Defizite im Staatshaushalt und die wachsende Staatsschuld. Reagan hat sein Versprechen nicht gehalten, einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu schaffen. Auch die Reduktion der Beamtenzahl liess sich nicht durchsetzen. Anstatt zwei Ministerien abzuschaffen — diejenigen für Energie und für den Unterricht — wurden zwei neue Kabinettposten geschaffen; das Ministerium für Kriegsteilnehmer (Veterans) und der «Zar» für die Rauschgiftbekämpfung.

Anders als Reagan gewünscht hatte, bleiben Abtreibungen weiterhin erlaubt, und Schulgebete sind nach wie vor verboten. Der Rauschgiftkonsum und die Kriminalität steigen weiter an.

Aussenpolitische Bilanz Reagans

Als Leiter der Aussenpolitik kann Reagan sowohl Erfolge wie Misserfolge verzeichnen. Zu den Erfolgen ist zu rechnen, dass er die Sowjets durch eine unnachgiebige Haltung wieder an den Verhandlungstisch in Genf brachte, von dem sie sich zurückgezogen hatten. Reagan vermochte die westliche Allianz auf einer nicht allzu weit vom geraden Kurs abweichenden Linie zu halten. Er schloss den INF-Vertrag mit Gorbatschew ab. Seine Vertreter handelten Abkommen über den sowjetischen Rückzug aus Afghanistan aus (wobei Chinas Einfluss nicht zu überschätzen ist) sowie den der Kuba-ner aus Angola und der Südafrikaner aus Namibia — falls alle Versprechen eingehalten werden. Die Zahl der demokratischen Länder hat sich in Lateinamerika und in Ostasien (Südkorea) vergrössert. Gegenüber den Sandinisten in Nicaragua und Noriega in Panama vermochte sich Reagan, zum Teil wegen des Widerstandes des Kongresses, nicht durchzusetzen. Lord Actons Warnung wäre hier angebracht: «Sie (die Athener) ruinierten ihren Stadtstaat, indem sie versuchten, den Krieg durch Debatten auf dem Marktplatz zu führen.»

Die «Reagan-Doktrin» (der Ausdruck stammt von dem Journalisten Charles Krauthammer und nicht von der Regierung) der Unterstützung von prowestlichen Freiheitsbewegungen vermochte Erfolge zu zeitigen, wo zwischen Regierung und Kongress Einig-

keit besteht, vor allem also in Afghanistan, in geringerem Mass in Kambodscha (12 Millionen Dollar Hilfe) und in Angola (15 Millionen für Savimbi), nicht aber in Nicaragua. In El Salvador dauert der Bürgerkrieg an.

Die Iran-Contra-Affäre hätte beinahe zu einem neuen Watergate geführt. Im Vorderen Orient haben die Friedensbemühungen von Shultz zu keiner Beruhigung beigetragen. Die Subventionen an mehrere der dortigen Länder scheinen in ein Fass ohne Boden zu fliessen. Der Freihandelsvertrag mit Kanada schafft einen freien Markt vom Beringmeer zum Rio Grande.

Als Oberkommandierender der Streitkräfte ordnete Reagan den Luftangriff auf Libyen an, der anscheinend Ghadafi von Terrorakten abgeschreckt hat. Die Besetzung von Grenada verlief glimpflich, obwohl bei der Durchführung schwere Fehler zutage traten. Schliesslich zeitigte auch die Flottenexpedition nach dem Persischen Golf den Erfolg, dass Iran und Irak nunmehr verhandeln, anstatt zu kämpfen. Die Verlegung von Marinesoldaten nach Beirut, wo Hunderte das Opfer eines Sprengstoffanschlags wurden, erwies sich als Misserfolg und wurde von Reagan rückgängig gemacht. Sie ist im Zusammenhang mit dem Versuch von Shultz zu sehen, nach der israelischen Invasion im Libanon Ruhe zu stiften. Als Oberkommandierender förderte Reagan die Aufrüstung der Streitkräfte. Grosse Summen wurden dafür aufgewendet, aber es liegt in der Natur der Sache, dass Erfolg oder Misserfolg dieser Politik so gut wie unsichtbar bleiben. Die Strategische Verteidigungsinitiative hat, weil sie von den Sowjets ernst genommen wurde, mitgeholfen, diese wieder zu Rüstungskontrollver-

handlungen zu bewegen. Aber Verteidigungsminister Carlucci warnt, dass die Sowjets in der Tschechoslowakei mehr Divisionen halten als die Vereinigten Staaten in ganz Europa, und mehr Divisionen in der DDR als die amerikanische Armee zählt.

Innenpolitische Schwierigkeiten

Als Initiator der Gesetze überlastete Reagan den Gesetzgebungsapparat nicht, wie es sein Vorgänger bis zu der Blockierung aller Leitungen getan hatte. Die Steuerinitiativen nehmen eine hervorragende Stellung ein. Im letzten Regierungsjahr Reagans raffte sich auch der Kongress auf. Zum ersten Mal seit dem Budgetgesetz von 1974 verabschiedete er beinahe fristgerecht alle dreizehn Budgetvorlagen für die verschiedenen Ministerien. In einem verzweifelten Schlussspurt erliess er 238 Gesetze, die meisten von geringer Tragweite, und schob sie Reagan zur Unterschrift zu. Dieser unterzeichnete fast alle, stoppte jedoch mehrere durch Verweigerung seiner Unterschrift. Der Kongress, der sich schon vertagt hatte, vermochte diese «Pocket Vets» nicht zu überstimmen.

Als Parteiführer verdient Reagan keine gute Note. Wie Eisenhower vor ihm überliess er die Detailarbeit dem Präsidium des Nationalkomitees der Republikanischen Partei, in das er neben den eigentlichen Leiter seine Tochter Maureen setzte. Der Unterbau der Republikanischen Partei, die wie die Demokratische Partei ein sehr lokkeres Gefüge aufweist, ist nach wie vor schwach. In den Senatswahlen von 1982, 1984 und 1986 wurden einige Sitze geradezu verschenkt, weil kein starker Kandidat präsentiert werden konnte, oder weil der rechte Flügel der

Partei sich auf ein Sonderzüglein festlegte. Ebenso bleibt die Partei in den Staaten schwach; sie hat in den Staatsparlamenten weiterhin Sitze verloren. Diese Parlamente bestimmen die Wahlkreiseinteilung. Die herrschende Partei kann diese durch das sogenannte Gerrymandering so umgrenzen, dass ihre Kandidaten einen Vorteil haben. Nach der heutigen Zusammensetzung der Staatsparlamente erscheint es unwahrscheinlich, dass die Republikaner im Repräsentantenhaus in diesem Jahrtausend wieder einmal die Mehrheit erringen könnten.

Reagans Stellung in der Geschichte kann erst aus Distanz abgeschätzt werden. Sein Hauptverdienst: er hat bewiesen, dass die Vereinigten Staaten noch regiert werden können, was in der Zeit von 1965 bis 1980 in Zweifel stand. Er hat sogar den Schlag der Iran-Contra-Affäre überstanden. Die innenpolitische Initiative erlahmte zwar, aber die Popularität des Präsidenten stieg wieder. Er hat dem Volk, das seit der Watergate-Affäre und der Niederlage in Vietnam, wie Jimmy Carter konstatiert hatte, in einem Malaise steckte, wieder Selbstvertrauen gegeben. Die Defizite sind für den einzelnen nicht direkt spürbar; ihre Auswirkungen drohen eher für die Zukunft.

Chancen und Stolpersteine

George Bush hat hervorgehoben, dass er der erste Vizepräsident seit Martin Van Buren 1836 ist, der auf «seinen» Präsidenten, es war damals Andrew Jackson, nachrückt, und er sprach leise diesem fernen Vorgänger ein Dankeswort aus: *«Thank you, Marty»*. Andrew Jackson war populär gewesen, hatte er doch die Schlacht von New Orleans gegen die Engländer 1815

gewonnen. Als Präsident hatte er alle Staatsschulden abbezahlt und ferner die (zweite) Bundesbank abgewürgt. Seine Hinterlassenschaft wirkte attraktiv. Aber zwei Wochen nach der Amtsumbernahme durch Martin Van Buren brach eine Wirtschaftskrise aus, die — so schreiben Historiker — zur tiefsten Depression in der Geschichte der Republik führte. Bush wird auch an dieses Exempel denken, wenn er den Defiziten zu Leibe geht.

Bush hat eine einmalige Chance, ein grosser Präsident zu werden. Das Metier des Präsidenten kann allerdings nicht gelernt werden. Die Entscheidungsbefugnisse sind so umfassend, dass sie sich mit nichts vergleichen lassen. Bush ist im Gegensatz zu seinen zwei Vorgängern ein «Insider» in Washington, der sich als Vorsitzender des Nationalkomitees der Republikanischen Partei, als CIA-Direktor, als Botschafter bei den Vereinten Nationen, als Chef des Liaisonbüros (Botschaft) in China, als Mitglied des Repräsentantenhauses, als Senatspräsident und Vizepräsident der Vereinigten Staaten mannigfache Erfahrungen erwarb. Doch von allen diesen Funktionen zu der des Präsidenten gibt es nicht bloss einen quantitativen, sondern einen qualitativen Sprung. Der Präsident allein gebietet über die Nuklearwaffen und damit über Tod und Leben der Menschheit.

Bushs Chance entwickelt sich aus der Weltlage. Alles ist in Bewegung geraten wie nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. China und die Sowjetunion ringen mit Reformen, von denen niemand weiss, wohin sie führen werden. Die beiden kommunistischen Supermächte erstreben eine Wiederannäherung. Diese könnte die de-facto-Allianz zwischen Peking und Washing-

ton in Frage stellen. In Ostasien sprechen die beiden koreanischen Regierungen miteinander. Vietnam hat unter chinesischem und amerikanischem Druck, verstärkt durch die Unterstützung der drei Unabhängigkeitsbewegungen, den Rückzug seiner Truppen aus Kambodscha zugesagt. Hanoi strebt nach Anerkennung durch die Vereinigten Staaten und Wirtschaftshilfe. Die Philippinen haben sich nach dem Sturz von Ferdinand Marcos demokratisiert, aber nicht stabilisiert. Das friedliche Indien dehnt mit der siebten und achten Militäraktion seit Gewinnung der Unabhängigkeit vor knapp über vierzig Jahren seine Hege monialsphäre nach dem von blutigen Unruhen heimgesuchten Sri Lanka und den Malediven aus.

Die Sowjets haben versprochen, unter dem diplomatischen Druck der Vereinigten Staaten und Chinas sowie der von ihnen und manchen muslimischen Staaten an die Mudjahidin geleisteten Hilfe in der Höhe von vielen Milliarden Dollar ihr Expeditionskorps aus Afghanistan zurückzuziehen. Iran und Irak verhandeln, nachdem sie sich acht Jahre lang beschossen haben. Im Nahen Osten manövriren Palästinenser und Israel, ohne dass man abzusehen vermag, ob zusätzliches Blutvergiessen oder echte Friedensbemühungen in Aussicht stehen. Türken und Griechen reden auf Zypern wieder miteinander.

Der Krieg in Eritrea lähmt das kommunistische Regime in Addis Abeba. Sudans Bürgerkrieg ist durch einen Waffenstillstand unterbrochen worden. Ghadafi hat seine kriegerischen Aktionen gegen Tschad eingestellt, ohne den Aouzou-Streifen herauszugeben. Die Sahraoui verhandeln mit König Hassan von Marokko. Für

den Abzug der Kubaner aus Angola und die Räumung von Namibia durch Südafrika ist ein Kompromiss ausgehandelt worden. In Europa hält die atlantische Allianz zusammen, obwohl Gorbatschew die Europäer zum Eintritt in das «gemeinsame Haus» lockt, in der er Herr wäre. Gleichzeitig regen sich im sowjetischen Baltikum und in Transkaukasien zentrifugale Bewegungen. Zentrifugale Bestrebungen und serbischer Zentralismus ringen in Jugoslawien miteinander. Nur in Mittelamerika herrscht gegenwärtig ein Patt. Sonst sind Bewegungen aller Art in Gang gekommen, welche der westlichen Welt gute Aussichten bieten, in denen jedoch auch Fallstricke verborgen sind. Wie viele Chancen, wie viele Stolperdrähte!

Bush wird sich als Präsident mit hundert kleinen und grossen Lichtern auseinanderzusetzen haben, von denen man nicht zum voraus weiss, ob sie Bränden oder Friedensfeuern entspringen. Wie er diese Vielfalt von Aufgaben bewältigen wird, bleibt abzuwarten. In der Vergangenheit waren die Vereinigten Staaten nur selten in der Lage, mehr als ein oder zwei Probleme gleichzeitig an die Hand zu nehmen. Der aussenpolitische Apparat, insbesondere das Staatsdepartement, in dem sich zahlreiche brillante Köpfe betätigen, hat sich oft als extrem schwerfällig erwiesen.

Überparteilichkeit als Wunsch

Die amerikanische Aussenpolitik hatte dort Erfolg, wo sich die Führer der beiden grossen Parteien im Kongress mit dem Präsidenten verständigten. Milliarden wurden den afghanischen Mudjahidin zugesteckt, ohne dass sich eine Gegenstimme regte, während jeder Dollar der geringen Beträge

für die nicaraguanischen «Contras» umkämpft war. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich eine überparteiliche Aussenpolitik herausgebildet. Diese galt jedoch nur für Europa. Sie dauerte an, während bittere Auseinandersetzungen darüber stattfanden, wer «China verloren» habe.

Die Wiederherstellung einer überparteilichen Aussenpolitik wäre heute schwieriger als vor vierzig Jahren. Die Kongressführung ist durch Reformen geschwächt worden. Ausserdem haben die Fraktionsführer wahrscheinlich nicht das Format ihrer Vorgänger, die durch das Fegefeuer der Depression und des Zweiten Weltkriegs geläutert worden waren. Persönliche Rankünen spielen in die Politik hinein. Bob Dole, der als Führer der republikanischen Minderheit im Senat die Initiativen des Präsidenten verteidigen sollte, hat diesem nie vergeben, dass er ihn als Vorsitzenden des Nationalkomitees, also als Parteipräsidenten, zum Rücktritt veranlasste und Bush an seinen Platz setzte. Jim Wright, der demokratische Vorsitzende des Repräsentantenhauses ist wegen Verstössen gegen die Ethikregeln des Kongresses in ein Untersuchungsverfahren hineingezogen worden, und er trägt Bush nach, dass dieser die Einsetzung eines ausserordentlichen Untersuchungsrichters gegen ihn verlangt hatte.

Nur staatsmännische Kunst kann die subjektiven und die systemimmanen Gegensätze zwischen dem Weissen Haus und dem Capitol überbrücken. Reagan ist das nicht selten mit einem Scherzwort gelungen. Seine Spässe und Anekdoten verscheuchen nicht nur Spannungen durch Gelächter, sondern sie sind oft Gleichnisse (man braucht bei diesem Wort nicht an die Evangelien zu denken) mit politischem Gehalt,

die in eine bestimmte Richtung weisen. Diese Kunst beherrscht niemand so wie Reagan.

Der Widerstand der Demokraten gegen den republikanischen Präsidenten wird sich verschärfen je länger die Durststrecke sich hinzieht, welche die im Kongress und im Volk über eine Mehrheit verfügende Partei durchlaufen muss. Versuche zu einer Delegitimierung Bushs lassen sich schon erkennen in der Diskussion über sein «Mandat», über die Wahlkampfmethoden sowie in der von einem Hauskolumnisten der *«New York Times»* aufgeworfenen Frage, ob ein früherer Direktor der CIA überhaupt das Präsidentenamt übernehmen dürfe. Diese Angriffe sind nicht leicht zu nehmen, wenn man sich an die Rufmorde an Robert Bork und an Dan Quayle erinnert. Das System

der «Checks and Balances» wird durch die getrennten Mehrheiten in Legislative und Exekutive einer Belastungsprobe ausgesetzt. Der politische Kessel lässt Dampf ab, wenn ein Wechsel im Weissen Haus eintritt. Die Nachfolge eines weiteren Republikaners auf Ronald Reagan verstärkt die Gefahr heftiger politischer Konflikte.

Auf höherer Ebene wird das amerikanische Volk gleichzeitig von einem Sendungsbewusstsein vorwärts getragen und von einer Weltuntergangsstimmung geschüttelt, die auf das Ende des Millenniums nicht abnehmen wird. Die Ausschläge des Pendels zwischen diesen beiden Polen zu kontrollieren wäre die Aufgabe der Regierenden. Ihr «Nein» müsste klar sein auf die 1981 gestellte Suggestivfrage: *«Is this country in the autumn of its time?»*

Hans E. Tütsch

Götterdämmerung in Hellas

Autoritätsverlust Andreas Papandreas

Der Präsident der in Griechenland seit 1981 regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), Andreas Papandreas, wurde von Anhängern und Gegnern, von Bewunderern und Kritikern lange Zeit als Charismatiker qualifiziert. Heute klingt diese Bezeichnung wie eine Reminiscenz an weit entfernte Zeiten. Ist von jenem Charisma noch etwa übriggeblieben? Wer sich mit Griechen und Griechinnen unterhält, die Presse liest und die unzähligen privaten, von der Regierung unabhängigen Radiosender

hört, neigt dazu, diese Frage zu verneinen. Gewiss, es gibt immer noch etliche Bürger, welche für den Pasok-Führer und seine «Bewegung» Partei ergreifen. Sie tun es indessen ohne die einstige Begeisterung. In ihrer Argumentation ist von der seinerzeitigen Überzeugung, Papandreas werde die «grosse Änderung» herbeiführen, nichts zu spüren.

Bei den Parlamentswahlen vom 18. Oktober 1981 hatten Papandreas Sozialisten etwa 48 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Auf Grund des sogenannten verstärk-

ten Proporzes, eines unorthodoxen Wahlsystems, das die stärkste Partei erheblich begünstigt, sicherten sie sich im Parlament die absolute Mehrheit. Bei jenem Wahltriumph spielte die Pasok-Vision von einem «anderen Griechenland» (Beseitigung der Strukturängel der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft, Verbesserung der Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerung, Dezentralisierung, aktive Teilnahme der Bürger an den Entscheidungen, umfassende Bildungsreform, Selbstverwaltung der Distrikte und Gemeinden u. a. m.) eine wichtige Rolle¹. Während des Wahlkampfes war es Papandreu und seinen mit modernen Publicity-Methoden arbeitenden Ideologen und Propagandisten gelungen, breite Volksschichten davon zu überzeugen, die Panhellenische Sozialistische Bewegung sei der Hauptträger der angestrebten «Änderung» («Allaji»).

Das «andere Griechenland»

Die Allaji-Lösung war zwar nicht besonders originell, zumal der griechischen Wende das französische Change-ment vorausgegangen war. Ausserdem war die «Änderung» in mancher Hinsicht nicht konkretisiert. Doch gerade diese programmatisch-ideologische Schwäche erwies sich in den Monaten vor den Parlamentswahlen vom 18. Oktober 1981 als Stärke. Andreas Papandreu vermochte mit seinem nicht näher definierten «anderen Griechenland» die «Nichtprivilegierten» anzusprechen. Er sprach von «Nichtprivilegierten» und meinte, wie er gelegentlich sagte, alle Hellenen «mit Ausnahme von zehn Familien». Der Pasok-Populismus machte sich bezahlt. In den

Städten gewann die «Bewegung» einen grossen Teil der mittleren und unteren bürgerlichen Schicht für sich. Den Sozialisten Papandreous gelang es, selbst in traditionellen Hochburgen des hellenischen Konservatismus auf dem Land einen Durchbruch zu erzielen. Die ungefähr 600 000 jungen Leute, die am 18. Oktober 1981 erstmals wählten, wurden weitgehend ebenfalls von der Pasok-Welle erfasst.

Mit etwa 46 Prozent der Stimmen, also mit einem niedrigeren Stimmenanteil als am 18. Oktober 1981, sicherte sich die «Bewegung» Papandreous auch bei den Parlamentswahlen vom 2. Juni 1985 die absolute Mehrheit im Parlament. Ausser dem massgeschneiderten Wahlsystem und der politischen Monokultur in den staatlich kontrollierten elektronischen Massenmedien trug zum neuen Wahlsieg der Pasok-Sozialisten, wie schon im Oktober 1981, die Haltung vieler Bürger auf dem Land bei. In einer Reihe von ländlichen Wahlbezirken erhielt die Regierungspartei eine eindrückliche Vertrauensbekundung. Ironischerweise ging die Popularität Papandreous bei den Bauern auf soziale und wirtschaftliche Leistungen der Regierung in den Jahren 1981–1985 zurück, welche weitgehend mit Geldern der – laut der Pasok in der Oppositionsperiode – «monopolkapitalistischen» Europäischen Gemeinschaft finanziert werden konnten. Dass die betreffenden positiv zu wertenden Leistungen vom Propagandaapparat der «Bewegung» und des von ihr kontrollierten Staates parteipolitisch ausgeschlachtet wurden, versteht sich von selbst.

Im Hinblick auf die spätestens im Juni 1989 fälligen nächsten Parlamentswahlen werden zurzeit in Griechenland verschiedene demoskopische

Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfragen sind zwar mit Vorsicht aufzunehmen. Sie scheinen indes gewissermassen das Kräfteverhältnis im Volk wiederzugeben, zumal sie mit den Wahlresultaten in verschiedenen Vereinen und Berufsorganisationen weitgehend übereinstimmen. Stellt man auf die erwähnten demoskopischen Untersuchungen ab, so kommt man zum Schluss, dass im Augenblick die Regierungspartei mit Mühe einen Stimmenanteil von 30 Prozent erreicht. Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass die von Kostas Mitsotakis angeführte rechtsoppositionelle Nea Dimokratia zurzeit in der Gunst des Volkes an erster Stelle steht. Die Nea Dimokratia hatte bei den Parlamentswahlen vom 2. Juni 1985 im Vergleich mit dem Urnengang vom 18. Oktober 1981 ihren Stimmenanteil von etwa 36 Prozent auf etwa 41 Prozent erhöht.

Ungewisser Wahlmodus

Zuverlässige Angaben über das Wählerpotential der Nea Dimokratia gibt es nicht. Würde das System des «verstärkten Proporz» beibehalten, das, wie erwähnt, die stärkste Partei erheblich begünstigt, so hätte die Nea Dimokratia gute Chancen, bei den nächsten Parlamentswahlen die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament zu erringen. Ungewissheit besteht aber für den Fall, dass der «einfache Proporz» eingeführt würde, das heisst das nicht durch Majorzelemente «verfälschte» Verhältniswahlsystem. Letzteres wird seit langem von der kommunistischen Linken sowie verschiedenen kleineren Parteien oder Gruppierungen gefordert. Während der Opposi-

tionszeit hatte Papandreou die Einführung des «einfachen Proporz» versprochen. Wie in manchem anderen Fall, hielt er nach der Übernahme der Regierungsverantwortung auch dieses Versprechen nicht.

Laut Pasok-Regierung soll «Anfang 1989» dem Parlament ein Entwurf zum neuen Wahlgesetz vorgelegt werden. Über den Inhalt dieses Erlasses hüllt sich die Regierungspartei in Schweigen. Die Nea Dimokratia ist im Prinzip für die Beibehaltung des «verstärkten Proporz», erklärt aber, dass sie gegen die Einführung des einfachen Proporz trotzdem nicht opponieren würde. Mitsotakis betont sogar, dass seine Partei selbst mit letzterem System die absolute Mehrheit im Parlament erringen und eine Regierung aus eigener Kraft bilden würde. Dieser Optimismus wird zwar nicht von allen Neodemokraten geteilt; Zweifel hat zum Beispiel der neodemokratische Bürgermeister von Athen, Miltos Evert. Nichtsdestoweniger wird die Strategie Mitsotakis' in den Reihen der Nea Dimokratia aus Zweckmässigkeitsüberlegungen weitgehend gebilligt. Der Führer der Neodemokraten geht davon aus, dass im Falle der Einführung des einfachen Proporz die Regierungspartei viele Stimmen an die kommunistische Linke verlöre. Die Nea Dimokratia würde dann *«mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit»* als stärkste politische Formation aus den Wahlen hervorgehen. Der Präsident der Republik müsste sie mit der Bildung der Regierung beauftragen. Wäre die Nea Dimokratia wegen der Sitzverteilung im Parlament nicht imstande, ein Kabinett aus eigener Kraft bzw. ein das Vertrauen der Mehrheit der Abgeordneten geniessendes Kabinett zu bilden, so hätte sie bei der Ausschreibung von Neuwahlen verbes-

serte Chancen, die gewünschte absolute Mehrheit in der Legislative zu erringen.

Wie dem auch sei, die Pasok-Führung sieht sich gegenwärtig einer ungünstigen Konstellation der Kräfte gegenübergestellt. Wenn sie sich für den einfachen Proporz entschliesst, riskiert sie, die Macht zu verlieren oder zumindest mit anderen Kräften teilen zu müssen. Behält sie den «verstärkten Proporz» bei, so ebnet sie, falls die heutige Stimmung im Volk anhält, der Nea Dimokratia den Weg. Es gibt zwar auch andere «Eventualitäten», über die man in den Kreisen der Politiker und Beobachter spekuliert. Diese «Eventualitäten» liegen jedoch ausserhalb der parlamentarischen Legalität und des demokratischen Rechtsstaates. Die Panhellenische Sozialistische Bewegung brüstet sich damit, *die Vorkämpferin eines «wahrhaft demokratischen Griechenland»* zu sein. Ihre Apparatschiks scheuen sich aber nicht, zu Praktiken Zuflucht zu nehmen, die unter dem Gesichtspunkt der freiheitlichen Demokratie bzw. der Verfassungstreue sehr bedenklich sind. Als Papandreou sein Wort gegenüber Konstantinos Karamanlis brach und an dessen Stelle am 9. März 1985 Christos Sartzetakis für das Amt des Staatschefs nominierte, wurde bei der darauf erfolgten Präsidentenwahl seitens der Regierungspar- tei zum Beispiel das in der Verfassung verankerte Prinzip der geheimen Abstimmung durch die Verwendung verschiedenfarbiger Stimmzettel und durch andere Manipulationen zur Überwachung der Abgeordneten arg verletzt. Unlängst bezichtigte der bekannte Pasok-Funktionär Stefanos Tzoumacas die regierungsfreundliche Leitung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Griechenlands (GSEE)

schwerwiegender Wahlmanipulationen. Nicht ohne Grund fordern daher die Oppositionellen die Regierungspar- tei auf, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten, ein faires Wahlgesetz zu verabschieden und insbesondere auch bei den staatlich kontrollierten elektronischen Massenmedien eine pluralistische Informationspraxis zu befolgen.

Die zweite Linke

Die Schwierigkeiten, denen sich Andreas Papandreou gegenübergestellt sieht, hängen zu einem grossen Teil mit dem gegenwärtigen Kurs der kommunistischen Linken zusammen. Die von Charilaos Florakis geleitete Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) nimmt derzeit gegenüber der Pasok-Regierung eine betont kritische Haltung ein. Sie betont, dass sie nicht gewillt sei, sich bei den kommenden Parlamentswahlen ins «falsche Dilemma» «Pasok oder die verhasste Rechte» hineinmanövriren zu lassen. Damit lässt sie durchblicken, dass sie einen Wahlsieg der Nea Dimokratia in Kauf nehmen würde. Es gibt sogar KKE-Funktionäre, die das offen aussprechen. Mimi Androulakis, ein kommunistischer Intellektueller, der innerhalb seiner in mancher Beziehung noch in den Dimensionen der Moskauer Orthodoxie vor Michail Gorbatschew verharrenden Partei als Exponent der Perestroika gilt, erklärte kürzlich in einem Zeitungsinterview, dass seine Partei einen allfälligen Wahlsieg der Nea Dimokratia unter Einhaltung der demokratischen Spielregeln respektieren würde. Die heutige griechische Rechte sei nicht mit derjenigen der

Jahrzehnte 1950—1960 und 1960—1970 zu vergleichen. Ob die KP Griechenlands an diesem Kurs festhält, kann freilich nicht mit absoluter Sicherheit gesagt werden. Doch zurzeit ist die Kluft zwischen KKE und Pasok tief.

Die KKE-Führung bemüht sich um die Bildung einer «fortschrittlichen Front», die nebst der eurokommunistisch orientierten Formation «Griechische Linke» (EAR) auch Gruppierungen oder Persönlichkeiten umfassen würde, die einst im Pasok-Raum beheimatet waren. Hierher gehört etwa der seinerzeitige Wirtschaftsminister Gerasimos Arsenis, ein ambitionärer Technokrat, der wegen Differenzen mit Papandreou 1985 den Hut nehmen musste und der nun an der Spitze einer kleinen sozialistischen Gruppe steht, oder der ehemalige Koordinationsminister Apostolos Lazaris. Lazaris gilt in allen Lagern als integrer und nüchtern Politiker. Er legte im November 1988 sein Mandat als Pasok-Abgeordneter nieder, obschon Papandreou versucht hatte, ihn für einen wichtigen Regierungsposten zu gewinnen. Lazaris' Demission illustriert das grosse Unbehagen, das zurzeit im Schosse der Regierungspartheid herrscht. Viele der Unzufriedenen plädieren unter anderem für die Einführung des einfachen Proporz. Da dies ein Postulat der kommunistischen Linken ist, erblickt die KKE-Leitung in ihnen potentielle Verbündete im Rahmen der «fortschrittlichen Front», die bei den Wahlen nach gewissen Schätzungen unter bestimmten Voraussetzungen 15—20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen könnte. Grundbedingung dafür wäre allerdings eine Linksfront, die mehr als ein den Stempel des Opportunismus tragendes Wahlbündnis wäre.

Alle Macht den Freunden!

Das Unbehagen im Regierungslager und der damit verbundene Autoritätsverlust Andreas Papandreous sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Im Oktober 1981 war in den Pasok-Reihen zweifelsohne viel Idealismus spürbar. Mancher Minister strebte danach, einen neuen, volksnahen Stil zu pflegen. Im Laufe der Zeit ging dieser Elan verloren. Bestimmte Pasok-Männer, welche die Proklamationen der «Bewegung» ernst genommen hatten, gingen ihren eigenen politischen Weg — so zum Beispiel der ehemalige Vize-Innenminister Stathis Panagoulis und der seinerzeitige Finanzminister Manolis Drettakis. Heute gehören Panagoulis und Drettakis zu den schärfsten Kritikern Andreas Papandreous. Die unverbrauchten Kräfte im Pasok-Lager, die unter Umständen in der Lage gewesen wären, die ihnen übertragenen Aufgaben mit Enthusiasmus und ohne «faule Kompromisse» bzw. Rücksichten auf die Klientel anzupacken, fanden immer mehr Gefallen an der Macht. In luxuriösen Hotels wurden und werden Sitzungen über die «sozialistische Umgestaltung» Griechenlands abgehalten. Das von Papandreou in der Zeit des Pasok-Aufstiegs viel verwendete Wort der Axiokratia (Herrschaft der Fähigen) wurde im Zuge der Umbesetzungen im Staatsapparat angesichts der Bevorzugung naher Verwandter oder persönlicher Freunde in manchem Fall strapaziert. Die «Vererbung politischer Macht», der die Pasok-Sozialisten verbal den Kampf angesagt hatten, erfolgte nun unter anderen Vorzeichen. Der älteste Sohn des Pasok-Präsidenten, Giorgos Papandreou, wurde zum Parlaments- und später zum Regierungsmitglied.

Die politischen Gegner des Pasok-Präsidenten pflegen ihm vorzuwerfen, er sei lediglich ein «Volksverführer», er glaube im Grunde gar nicht an seine Vision eines «andern Griechenland». Diese Charakterisierung hat einiges für sich, ist aber zu eindimensional, um der komplexen Persönlichkeit Papandreous ganz zu entsprechen. In den Jahren nach der Übernahme der Regierungsverantwortung handelte der Pasok-Führer bald als Visionär, bald als Pragmatiker. Der Volksverführer huldigte der Vision, der Volksführer fügte sich der Realität. Doch sein Realitäts-sinn war stets mit machtpolitischem Kalkül verbunden. So verkehrte Papandreou selber all die von ihm angerufenen hohen Ideale ins Gegenteil und verlor immer mehr an Glaubwürdigkeit. Im Jahr 1981 wurden Andreas Papandreou und seine Mitstreiter gerade wegen ihrer Vision von vielen Griechen und Griechinnen abgöttisch verehrt. Heute erleben sie die bittere Stunde der Götterdämmerung. Schuld daran sind unter anderem der Ärger betreffend das Privatleben des Ministerpräsidenten und die nicht endenwollenden Wirtschaftsskandale, allen voran derjenige um den «falschen Krösus» Giorgos Koskotas.

Mehrerelei Skandal

Als Andreas Papandreou im August 1988 überraschend nach London reiste, um sich dort einer Herzoperation zu unterziehen, schien es zunächst, als ob der Regierungschef von der ihm allseits entgegengebrachten Sympathie auch politisch profitieren könnte. Es kam jedoch bald anders. Die Pasok-Propagandisten und die ambitionären Dauphins handelten während der Landesabwesenheit des Regierungschefs

auf eine Art und Weise, welche das einstige Idol der «Allaji»-Anhänger viele Sympathien kostete. Jene stellten den durch die Krankheit geschwächten Politiker fast als Übermenschen dar. Diese zerfleischten sich in Diadochenkämpfen. Der fast 70jährige Pasok-Präsident liess sich in der britischen Hauptstadt demonstrativ mit seiner Geliebten, der 34jährigen Stewardess Dimitra Liani, photographieren. Bei nicht wenigen Pasok-Politikern, so etwa beim Parlamentspräsidenten Jannis Alevras, wirkte dies wie eine Provokation. Verstimmt waren auch die zahlreichen Mitglieder der von Margaret Papandreou, der Gattin des Ministerpräsidenten, geleiteten sozialistischen Frauenorganisation EGE.

Dass die «sozialistische Nomenklatura», welche den öffentlichen Sektor beherrscht, mit den Geldern der Steuerzahler nicht gerade haushälterisch umgeht, war schon vor der Koskotas-Affäre bekannt. Immer wieder gab es Beanstandungen über finanzielle Unregelmässigkeiten in öffentlichen Unternehmungen. Der Koskotas-Skandal brachte aber das Fass zum Überlaufen. Die Untersuchung, welche die staatliche Bank von Griechenland im Zusammenhang mit dieser Affäre bei der von Koskotas früher kontrollierten Bank von Kreta durchgeführt hat, ergab, dass dieses Kreditinstitut einen Fehlbetrag von 30,3 Milliarden Drachmen (rund 303 Millionen Schweizer Franken) aufweist. Einen grossen Teil dieses Betrages verwendete Koskotas gesetzwidrig zur Finanzierung seines «Verlagsimperiums» und anderer von ihm kontrollierten Unternehmungen sowie für «Geschenke» an verschiedene Personen bzw. an Fussballvereine. Nicht alle Aspekte dieses Skandals sind bisher geklärt. Vielleicht werden sie auch nie

ganz geklärt werden können. Es steht jedoch fest, dass Koskotas von den meisten durch die «sozialistische Nomenklatura» kontrollierten öffentlichen Unternehmungen (Post, Elektrizitätswerk, Telephon- und Telegraphenamt, Olympic Airways u. a.) mittels hoher Bankeinlagen unterstützt worden ist. Die Einlagen des öffentlichen Sektors bei der Bank von Kreta betrugen 19 Milliarden Drachmen. Diese Unterstützung, meint das angesehene Wirtschaftsmagazin «Wirtschaftskurier» («Oikonomikos Tachydromos»), könne nicht ohne Weisung von oben erfolgt sein.

Zwar scheint Koskotas Verbindungen zu beinahe allen politischen Formationen gesucht zu haben. Doch zumindest seit dem Wahlsieg Papandreous bestand sein Hauptbestreben offenbar darin, sich die Unterstützung der Regierenden zu sichern. Täglich sind in der griechischen Presse Namen von Pasok-Ministern und -Funktionären zu lesen, die in den Skandal verwickelt sein sollen. Integre Pasok-Politiker, wie der frühere Erziehungsminister

Antonis Tritsis und der ehemalige Wirtschaftsminister Kostas Simitis, fordern eine «Katharsis», eine Reinigung, im Regierungslager. Diese lässt aber auf sich warten. Statt der «Katharsis» zeigen sich in der «Bewegung» des einstigen Charismatikers Papandreou Auflösungserscheinungen. Parlamentspräsident Alevras geht zum Regierungschef auf Distanz. Zwischen Vater und Sohn Papandreou bestehen Meinungsdivergenzen, die teils familiär, teils politischer Natur sind. Der Pasok-Präsident spricht von einer vom Ausland gesteuerten Verschwörung gegen seine Regierung. Der scharfsinnige Analytiker tut so, als ob ihm die wahren Ursachen für die heutige Götterdämmerung in Hellas nicht bekannt wären. Oder — das schreibt der Kolumnist Marios Ploritis in der Zeitung *«To Vima Tis Kyriakis»* — merkt der «erste Kapitän» gar nicht, dass sein Schiff untergeht?

Pavlos Tzermias

¹ Vgl. *Pavlos Tzermias*, Neugriechische Geschichte, Eine Einführung, Francke Verlag, Tübingen 1986, S. 223 ff.

Das Wirken des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zum Schutze politischer Häftlinge

Im Jahre 1919 musste der Delegierte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Budapest eines Morgens feststellen, dass seine ungarischen Gesprächspartner — höhere Beamte aus verschiedenen Ministerien — plötzlich im Gefängnis sassen. Die Revolution Bela Kuns hatte sie im Handumdrehen zu Staatsfeinden

gemacht. Der IKRK-Delegierte erinnerte sich seiner Besuche von Kriegsgefangenen während des Ersten Weltkriegs und fragte sich, ob die Lage eines Regimegegners nicht vergleichbar ist mit derjenigen eines Kriegsgefangenen. Beide sind in «Feindeshand», was besondere Gefahren von Verletzung grundlegender Menschenrechte, von

Folter und anderen unmenschlichen Behandlungen mit sich bringt. Ohne sich auf ein internationales Abkommen stützen zu können und allein auf die Kraft humanitärer Argumente vertrauend, verlangte der Delegierte von der ungarischen Regierung, die im Zusammenhang mit den Unruhen inhaftierten Personen in ihren Gefängnissen besuchen zu können. Die Behörden sagten sogleich zu¹.

Mit den Besuchen in ungarischen Gefängnissen nahm die Tätigkeit des IKRK zum Schutze politischer Häftlinge ihren Anfang². Seither haben seine Delegierten unzählige Haftstätten besucht, in Ländern, deren innerstaatliche Ordnung durch Revolution, Aufstand, Unruhen, Ausnahmezustand oder andere politische Krisen erschüttert war. Auch heute kann sich das IKRK dabei auf keine bindende völkerrechtliche Grundlage berufen. In jedem einzelnen Fall muss die angesprochene Regierung von der Notwendigkeit solcher Gefängnisbesuche überzeugt werden. Das IKRK stützt sich dabei auf sein allseitig anerkanntes Recht zu humanitärer Initiative und auf eine grosse, auch den Regierungen sehr wohl bekannte Praxis.

Mit diesen groben Pinselstrichen ist das Thema umschrieben: Das IKRK setzt sich für den Schutz politischer Häftlinge ein, indem es weltweit Gefangene in ihren Haftstätten besucht, die in Zeiten innerer Unruhe aus politischen Gründen ihrer Freiheit beraubt sind. Dabei verfolgt es ein doppeltes Ziel: Erstens, das Auftreten von Folter und anderer Formen unmenschlicher Behandlung zu verhindern und, zweitens, wenn nötig, auf eine Verbesserung der Haftbedingungen hinzuarbeiten. Kurz gesagt, das IKRK will dazu beitragen, dass auch *politische Häftlinge*

menschlich behandelt werden. Für die Gründe der Inhaftierung der besuchten Personen interessiert es sich dabei nicht.

Bevor näher auf einige Aspekte dieser Besuchstätigkeit einzugehen ist, soll noch folgendes klargestellt werden: Der Besuch politischer Häftlinge ist nur ein Teil des Auftrags des IKRK. Historisch gesehen, aber auch vom Umfang der eingesetzten Mittel her, steht die Tätigkeit zugunsten von Kriegsopfern eindeutig im Vordergrund. Gestützt auf die Genfer Abkommen von 1949 und ihre Zusatzprotokolle von 1977 hat dabei das IKRK in internationalen bewaffneten Konflikten das Recht, Kriegsgefangene und inhaftierte Zivilpersonen in ihren Haftstätten zu besuchen. In Bürgerkriegen muss das IKRK im Einzelfall die Zustimmung der Konfliktparteien zum Besuch der Häftlinge einholen, da die Genfer Abkommen keine entsprechende Verpflichtung vorsehen.

Obwohl auch im Krieg Folter und folterähnliche Erscheinungen auftreten, befasst sich dieser Aufsatz ausschliesslich mit dem Wirken des IKRK zum Schutze politischer Häftlinge in Friedenszeiten, d.h. ausserhalb des Anwendungsbereichs der Genfer Abkommen. Dabei soll auch untersucht werden, was die Besuchstätigkeit des IKRK und die zukünftige Aktivität des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verbindet und worin sie sich von ihr unterscheidet. Bekanntlich hat ja die Schweiz am 7. Oktober 1988 das im Europarat ausgearbeitete *Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe* (vom 26. November 1987) ratifiziert³.

Danach wird die Schweiz Besuche von Haftstätten durch Mitglieder des genannten Ausschusses zulassen müssen.

Merkmale der Gefangenengesuche durch Delegierte des IKRK

1. Das IKRK beschränkt sich auf den Besuch von Haftstätten in Zeiten von innerstaatlichen Unruhen und Spannungen. Wenn die friedliche Ordnung gestört ist und die Behörden ausserordentliche Massnahmen ergreifen, um Ruhe und Ordnung zu sichern oder wiederherzustellen, dann ist die Gefahr eines Auftretens von Folter oder anderer unmenschlicher Handlungsweisen besonders gross. In solchen Zeiten sind Personen, die im Zusammenhang mit diesen Unruhen ihrer Freiheit beraubt sind, besonders verletzlich.

Das Konzept der «innerstaatlichen Unruhen und Spannungen» ist im internationalen Recht nicht verankert, weshalb es auch keine anerkannte Definition dieser Situation gibt. Gestützt auf seine eigenen Richtlinien⁴ schlägt das IKRK einer Regierung den Besuch politischer Häftlinge dann vor, wenn die Lage insbesondere durch folgende Umstände charakterisiert ist:

- eine grosse Zahl von Verhaftungen, häufig verbunden mit willkürlicher Freiheitsberaubung
- das Verschwinden von Personen, Geiselnahmen
- eine grosse Zahl von Häftlingen aus Sicherheitsgründen
- Klagen über schlechte Haftbedingungen
- Klagen über Misshandlungen, die in Folter ausarten können
- Aufhebung oder Missachtung elementarster Rechtsschutzgarantien.

Im Gegensatz zur Praxis des IKRK sollen nach dem europäischen Folterabkommen Haftstätten *jederzeit*, d.h. auch unter normalen äusseren Umständen, besucht werden.

2. Die Delegierten des IKRK interessieren sich nur für eine bestimmte Kategorie von Gefangenen, die sog. «politischen Häftlinge». Auch dieser Begriff ist kaum definiert, jedenfalls nicht durch das Völkerrecht. Das IKRK hält sich da an eine gewisse Evidenz: «politischer Häftling» ist, wer in einer politischen Krisenlage seiner Freiheit beraubt ist aus Gründen, die mit den politischen Umständen in Zusammenhang stehen. Häufig, aber nicht immer, geht es dabei um eine auf administrativem Wege verordnete Haft, oft gestützt auf eine Ausnahmegesetzgebung. Wesentlich ist das Gefährdungsrisiko: Wer unter solchen Umständen inhaftiert ist (auch wenn er ein Delikt begangen hat) ist verletzlicher als ein «gewöhnlicher» Rechtsbrecher.

In der Praxis stellen sich dem IKRK hier und da Probleme der Abgrenzung zwischen den politischen Häftlingen und anderen. Sie lassen sich in der Regel lösen. Sollten die Gefangenen aus verschiedenen Kategorien vermischt sein, dann kümmert sich der Delegierte halt um alle zusammen.

Zur Klarstellung sei wiederholt, dass das IKRK nur politische Häftlinge in Staaten, die durch Unruhen erschüttert sind, besucht. Einzelne politisch motivierte Gefangene in «ruhigen» Staaten, deren Institutionen und Verfahren ordnungsgemäss arbeiten, interessieren das IKRK nicht.

Das europäische Folterabkommen hingegen macht keinen Unterschied zwischen verschiedenen Gruppen: *alle* Gefangenen sollen besucht werden.

3. Das Ziel der Schutztätigkeit des IKRK ist ein doppeltes: einmal soll das Auftreten von Folter und anderer unmenschlicher Behandlungsweisen verhindert und, zweitens, sollen schlechte Haftbedingungen verbessert werden, und zwar sowohl in materieller als auch in psychologischer Hinsicht. Der Weg zum Ziel führt über die *Besuche der Haftstätten* durch seine Delegierten. *Was zählt, ist die physische Präsenz von neutralen Personen am Ort, wo sich Häftlinge befinden.*

Kriterien

Das IKRK hat eine Reihe von *Kriterien* für Gefängnisbesuche in Zeiten von Unruhen und Spannungen aufgestellt. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Die Delegierten müssen Zugang zu *allen* politischen Häftlingen haben. Sie wollen deshalb *alle* Haftstätten besuchen, in denen sich solche Häftlinge aufhalten, und sie wollen *alle* Räumlichkeiten in einem Gefängnis betreten.
- b) Die Delegierten müssen das Recht haben, mit Gefangenen ihrer Wahl frei, d.h. ohne Beisein von Drittpersonen, sprechen zu können. Diese Gespräche unter vier Augen, die sehr zeitraubend sind, bilden das Herzstück jedes Besuches. Nur auf diese Weise wird es möglich, sich ein umfassendes Bild über die Haftbedingungen zu machen. Dabei können auch Geschehnisse aus früheren Phasen der Haft, insbesondere während des Verhörs, zur Sprache kommen.
- c) Die Besuche müssen gründlich sein, was eine gute Vorbereitung voraussetzt. Eine Gefängnisvisite dauert oft mehrere Tage. Sind mehrere Gefängnisse in einem Land zu besu-

chen, dann ist der Zeitaufwand erheblich. Das Besuchsteam muss deshalb mehrere Delegierte und einen Arzt umfassen, der sich über den Gesundheitszustand der Gefangenen und über die ärztliche Betreuung im Gefängnis ein Bild machen kann. Die Delegierten müssen das Recht haben, die Namen aller Gefangenen zu registrieren bzw. die Anwesenheit aller Gefangenen auf Grund der durch die verantwortlichen Behörden gelieferten Namenslisten zu kontrollieren: ein entscheidender Schritt im Kampf gegen das Verschwinden von Personen.

d) Die Besuche sollen sich wiederholen. Ein zweiter Besuch, der dem ersten nach nicht allzu langer Zeit folgt, ist nötig, um den Erfolg der Empfehlungen zu kontrollieren. Der zweite Besuch ist auch unerlässlich, um sich der Sicherheit derjenigen Gefangenen zu versichern, die sich beim ersten Besuch zu einem Gespräch mit dem Delegierten bereit fanden. In der oft explosiven und durch Hass geprägten Stimmung in Haftstätten mit politischen Gefangenen ist der Schritt vom Gespräch mit dem Aussenstehenden zur Rache durch Aufsichtskräfte, die sich (zu Recht oder zu Unrecht) denunziert glauben, oft nicht gross.

e) Nach jedem Besuch stellt das IKRK der Regierung einen vertraulichen Bericht zu mit den notwendigen Feststellungen und Empfehlungen. Dieser Bericht soll durch die Behörden vertraulich behandelt werden.

Aus dieser Aufzählung der Kriterien ergibt sich ohne weiteres, dass ein konsequenter Schutz von politischen Gefangenen durch Besuche von Haftstätten viel verlangt, vor allem viel Personal und viel Zeit. Deshalb unterhält das IKRK in der Grosszahl der besuchten Länder eine ständige Delegation.

Auch widmet es der Ausbildung seiner Delegierten grosse Aufmerksamkeit. Nur (übernommene und selbst erworbene) Erfahrung macht es möglich, sich ein zuverlässiges Bild der Verhältnisse in einer Haftstätte zu machen. Es leuchtet ebenfalls ein, dass die Tätigkeit des IKRK zugunsten politischer Häftlinge erhebliche finanzielle Mittel verlangt.

4. Die Gefangenengesuche des IKRK erschöpfen sich nicht in der Inspektion von Haftstätten. Sofern notwendig, werden Hilfsgüter (auch Bücher, Spiele usw.) an die Häftlinge verteilt oder der Direktion zugunsten der Insassen überlassen (z.B. Medikamente). Es hat sich gezeigt, dass vor allem in den ärmsten Ländern Delegierte nicht gut mit leeren Händen in Gefängnissen erscheinen können. Sodann sind die Delegationen des IKRK für Nachforschungen nach vermissten Personen gerüstet, auf Anfrage der Familienangehörigen oder der Gefangenen hin. Die Bedeutung dieses Dienstes in Ländern mit Gewaltherrschaft, wo Incommunicado-Haft und Verschwindenlassen von Regimegegnern zur Tagesordnung zählen mag, leuchtet wohl ohne weiteres ein. Ohne ständiges Büro mit dem notwendigen Personal im Lande selber ist eine solche Suchtätigkeit nicht denkbar.

5. Oberstes Ziel der Besuche ist es, die Haftbedingungen zu verbessern und ein Abgleiten in die Barbarei zu verhüten. Gerade bei Besuchen politischer Häftlinge wird aber der Delegierte unausweichlich von einzelnen Gefangenen mit ihren persönlichen Problemen in Anspruch genommen. Er muss sich mit Einzelschicksalen auseinandersetzen, denn jeder besuchte Gefangene ist zuallererst ein Individuum und erst in zweiter Linie Ange-

höriger einer Kategorie von Gefangenen. Dieses Eingehen auf die Schicksale einzelner Menschen erfordert sehr viel Zeit und Energie. Sie bedingt auch eine Infrastruktur, die es erlaubt, den aufgeworfenen Problemen nach Abschluss des Gefängnisbesuches nachzugehen.

6. Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des IKRK sind heute allgemein anerkannt. Der rein schweizerische Charakter hilft mit, diesen Ruf zu verbürgen. Gerade in politisch aufgewühlten Verhältnissen ist es sehr wichtig, dass die Glaubwürdigkeit der Delegierten wegen ihrer Herkunft nicht in Frage gestellt wird, und zwar weder von den Behörden noch von den Gefangenen. Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit helfen mit, günstige Voraussetzungen für Gefängnisbesuche in Krisenzeiten zu schaffen.

Strassburg und Genf

Seit Jahrzehnten besuchen Delegierte des IKRK Gefangene, die aus politischen Gründen ihrer Freiheit beraubt sind. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Gefängnisbesuche — physische Präsenz neutraler Personen in der Haftstätte selber — ein geeignetes Mittel sind, um Misshandlungen und Folter, aber auch das Verschwindenlassen von verhafteten Personen zu verhindern und die Haftbedingungen zu verbessern. Damit leistet das IKRK einen Beitrag zu einem effektiven Schutz der Menschenwürde in schweren Zeiten.

Das auf den Appell von Jean-Jacques Gautier zurückgehende europäische Folterabkommen bringt diese alte, bewährte Idee zu einer neuen Wirklichkeit. Neu ist dabei, dass Haft-

stätten in *allen* Situationen besucht werden sollen. In unproblematischen, ruhigen Zeiten sollen präventiv die Grundlagen gelegt werden, damit in Krisenzeiten nicht zur Folter gegriffen wird. Solche Besuche sollen eine Art Frühwarnfunktion ausüben, indem sie jede Verschlechterung der Lage in den Haftanstalten so früh als möglich aufzeigen sollen. Es ist gut zu wissen, dass das europäische Folterabkommen ein zusätzliches und neuartiges Abwehrsystem gegen die Folter und andere unmenschliche Behandlungsweisen aufbaut, denn das IKRK nimmt diese Aufgabe nicht wahr. Der Auftrag des neuen Folterkomitees deckt sich deshalb auch nicht mit demjenigen des IKRK. Ziel und Methoden der Besuchstätigkeit von IKRK und Folterkomitee unterscheiden sich in mancher Hinsicht.

Es hat sich insbesondere gezeigt, dass das IKRK in erster Linie gerüstet ist für *Besuche von Haftstätten in Krisenlagen*. Solche Besuche erfordern eine Vertiefung der Arbeit, eine Präsenz und einen Einsatz, welche das zu gründende europäische Komitee kaum wird erbringen können. Zu Recht behält denn auch das europäische Folterabkommen in seinem Artikel 17 Absatz 3 die Besuchstätigkeit in Situationen bewaffneter Konflikte, in denen die Genfer Abkommen anwendbar sind, ausdrücklich dem IKRK vor. Von der Sache her drängt es sich auf, dass auch in anderen politischen Krisenlagen, d.h. bei innerstaatlichen Unruhen und Spannungen, die zwar nicht Krieg sind, aber einiges mit kriegerischen Verhältnissen gemeinsam haben, das IKRK weiterhin seine Dienste anbietet und von den betroffenen Behörden die Erlaubnis zum Besuch der Haftstätten

erhält. Absprachen mit dem europäischen Komitee sollten den Weg zu einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen «Strassburg» und «Genf» ebnen. Unter diesen Umständen kann das Nebeneinanderwirken von europäischen Folterabkommen und Internationalem Komitee vom Roten Kreuz mithelfen, den Schutz der seiner Freiheit beraubten Person beispielhaft zu verstärken.

*

Die Entführung des — am 17. Dezember wieder freigelassenen — Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Winkler, am 17. November 1988 in Saisa (Libanon) hat grosses Aufsehen erregt. Mit Recht. Denn es ist das erste Mal in der Geschichte der Genfer Institution, dass durch den Angriff auf einen Delegierten dem IKRK die Ausübung seines humanitären Mandates erschwert oder gar unmöglich gemacht werden soll. Wegen Morddrohungen hat das IKRK danach seine Tätigkeit in Libanon unterbrochen. Das IKRK kann nur dann *alle* Opfer von Krieg und Gewalt erreichen, wenn ihm der notwendige Freiraum für seine Tätigkeit erhalten bleibt.

Hans-Peter Gasser

¹ André Durand, *Histoire du Comité international de la Croix-Rouge*, De Sarajevo à Hiroshima, Genève 1978, S. 100 ff. —

² Vgl. die eingehende Darstellung in: Jacques Moreillon, *Le C.I.C.R et la protection des détenus politiques*, Genève 1973. —

³ Vgl. die Botschaft des Bundesrates vom 11. Mai 1988, mit dem Text des Übereinkommens. —

⁴ *Activités de protection et d'assistance du CICR dans les situations non couvertes par le droit international humanitaire*, *Revue internationale de la Croix-Rouge*, Janvier-Février 1988, S. 9 ff.